

DR. J. DANIEL DAHM

10 / 2008

STATEMENT

zur Fachtagung 'Umwelt und Gerechtigkeit',
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
Umweltbundesamt, 13. bis 14.10.2008

1.

Die gegenwärtige ökologische Krise ist Ergebnis einer unangepassten Ökonomie (mit expansivem Wachstum des Finanzkapitals, mit einer ungebremsten Zunahme von Produktivitätsansprüchen), und Resultat einer Verengung von Wohlstandsvorstellungen auf die Akkumulation materiellen Privatbesitzes und -verbrauch.

Die gegenwärtige Krise des Finanzkapitals ist Resultat einer ökologisch begrenzten Welt, in der ungebremste Ressourcenproduktivität nicht möglich ist. Nur die Einbeziehung der ökologischen Regenerationszyklen und Zeiten lässt dauerhafte Nutzung natürlicher Potenziale zu. Werden die Regenerationsansprüche der Natur nicht eingehalten, werden die Produktivitätsansprüche des Finanzkapitals (um Geldentwertung vorzubeugen) über die Reproduktionsgrenze hinaus durchgesetzt. Die Folge sind räumliche und zeitliche Auslagerungen von ökologischen Folgekosten, und Schädigungen der Ressourcenproduktivität heute. Die Verantwortung für eine grenzenlose Konsumgesellschaft wird auf diese Weise in andere Regionen und Generationen verschoben. Heute holen uns die Kosten ein, zeitlich ebenso wie räumlich. Die ökologische Produktivitätsgrenze des Finanzkapitals war bereits lange erreicht, und wird heute spürbar. Fehlende lineare Kausalität erschwert vielen die Analyse.

Die Hauptleidtragenden dieser Entwicklungen sind aber nicht deren Verursacher. Die haben vor Jahren ihren gesellschaftlichen Status, ihren materiellen Wohlstand und politische Einflussnahme gesichert. Die Leidtragenden sind

jene, die um ihre Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt wurden. Menschen in anderen Regionen dieser Welt, und die jungen und kommenden Generationen.

Das hat mit Gerechtigkeit wenig zu tun.

Regressionsansprüche der Folgegenerationen und der Länder des Südens an die Verursacherländer und Verursachergenerationen wären gerecht.

Eine schnelle vollständige Integration ökologischer Kosten in die Produktionsprozesse und Preise wäre gerecht und klug.

2.

Neben den bio-, geo-/klimaökologischen Externalisierungen gibt es zugleich sozial- und kulturökologische Externalisierungen. Sie sind Ergebnis des selben Ursachenbündels: einer Auszehrung von Reproduktionspotenzialen durch einseitige Übernutzung. In Stadträumen wird dies besonders deutlich durch die zivilgesellschaftliche Produktion von Sozialkapital.

Soziales Miteinander und kulturelle Kreativität sind wesentliche Standortfaktoren für Lebensqualität, aber auch für wirtschaftliche Standortattraktivität und -produktivität. Sie gewährleisten Bildung, zivile Sicherheit, Integrationsfähigkeit, Kommunikation, attraktive Lebensbedingungen, Wohlfahrt, soziale Sicherung, Produktivität u.v.m..

Dass nahezu die Hälfte des Arbeitsvolumens in Deutschland unbezahlt erbracht wird, in freiwilliger Arbeit, ist den Wenigsten bewusst. So wird die sozioökonomische und kulturelle Grundlage der Gesellschaft geschaffen, ohne dass es politisch und gesellschaftlich wirklich bemerkt wird. Dennoch wird wirtschaftliche Wertschöpfung nur über das BIP abgebildet und medial kommuniziert. Die als Leistungsträger dieses BIP deklarierten Personen werden

überproportional monetär und mit Status entlohnt, obwohl sie sich und ihre Shareholder aus den Gemeinschaftsgütern der Zivilgesellschaft und der Natur bedient haben, und dabei zu wenig zurückgegeben haben. Sie haben Gemeinschaftsgüter unbemerkt in Privatgüter umgewandelt. Der Schaden verbleibt in der Zivilgesellschaft, und muss dort kompensiert werden.

Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Gerecht wäre ein komplementäres Verhältnis von Erwerbswirtschaft mit bürgerschaftlicher und privater Subsistenz (Selbstversorgung). Einerseits sollte das schrumpfende Erwerbsarbeitsvolumen auf alle arbeitsfähigen Menschen verteilt werden, und vor allem die Subsistenzarbeit für den öffentlichen Raum, Bildung, Kultur, Sozialwesen so gefördert werden, so dass alle Menschen in diesem Mischverhältnis ihre volle Arbeitskraft sinnvoll entfalten können.

Andererseits muss es eine komplementäre Zusammenarbeit von marktwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen geben, um als gemeinsam angenommene Aufgabe die Lebensbedingungen für alle Menschen und Gemeinschaften kooperativ zu fördern (anstelle wie bislang das Gegenteil ökonomisch zu belohnen).

3.

Gerechtigkeit hat immer damit zu tun, die Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen und -voraussetzungen zu integrieren.

Die unterschiedlichen sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Vorbedingungen von Menschen und Gemeinschaften ermöglichen keine Gleichbehandlung bei gleichzeitiger Gerechtigkeit. In einer durch Verschiedenheit geprägten Welt ist das Ansetzen von gleichen Maßstäben ungerecht, und führt zu Entwicklungsnachteilen und Ungleichheit ökonomischer und gesellschaftlicher Chancen.

Die Integration von Diversität ist die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Diversitätsstrategien mit Nachhaltigkeitsstrategien zu verbinden ist notwendig, um Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Dies verlangt in der Folge völlig neue Ansätze von Governance, dem Management von Gemeinschaftsgütern, dem Austausch von Waren und Dienstleistungen, und eine tiefgreifende Veränderung unserer Globalitätsbegriffes.

4.

Umwelt und Gerechtigkeit werden gemessen an dem Verhältnis von Unterschiedlichkeit und Nachhaltigkeit, an dem Verhältnis von Gemeinschaftsgütern zu Privatgütern, und an der konsequenten sozioökonomischen Integration von Regenerationsprozessen.

Die strategische Etablierung und Positionierung dieser Maßstäbe in alle Politikfelder (Wirtschaft, Energie, Arbeit, Bauen, Verkehr, Umwelt, Internationale Zusammenarbeit, ...) wird eine vordringliche Aufgabe der nächsten Jahre sein, und verlangt abgestimmte, lokal differenzierte Vorgehensweisen, bei maximaler Einbeziehung der Menschen und Potenziale vor Ort.